ANHANG

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden mit dem Nennbetrag bilanziert. Soweit die Kreditauszahlungen von den Nennbeträgen abwichen, wurden die Unterschiedsbeträge in Form von Disagien unter der passiven Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Die erfolgswirksame Auflösung der Rechnungsabgrenzungsposten wurde planmäßig und periodengerecht vorgenommen. Erforderliche Einzelwertberichtigungen kürzten den Bilanzausweis der Forderungen. Das latente Kreditrisiko wurde im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten durch die Bildung einer Pauschalwertberichtigung berücksichtigt. Die Pauschalwertberichtigung sowie die versteuerten Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB wurden von den dafür vorgesehenen Bilanzpositionen abgesetzt.

Angekaufte Wechsel wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich der abgegrenzten Zinsen angesetzt.

Sämtliche Wertpapierbestände wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip angesetzt. Es wurden grundsätzlich die Anschaffungskosten beziehungsweise die niedrigeren Börsenkurse oder beizulegenden Werte zu Grunde gelegt.

Die Wertpapiere des Alternativen Kreditportfolios wurden angesichts der nach wie vor bestehenden Illiquidität der Märkte für verbriefte Kreditprodukte im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens bewertet. In einem ersten Schritt wurden, ausgehend von den durch die Bank plausibilisierten Risikoklassifikationen externer Ratingagenturen, ausfallwahrscheinlichkeitsbezogene Risikoprämien für die einzelnen Tranchen ermittelt. In einem zweiten Schritt wurden für die einzelnen Investments Liquiditätsrisikoprämien errechnet. Die Liquiditätsrisikoprämien wurden aus der Differenz der beobachtbaren Risikoprämien für strukturierte Finanzprodukte einerseits und nicht strukturierte Finanztitel andererseits abgeleitet. Die aus dem zweistufigen Verfahren ermittelten Risikoprämien erhöhten die für die Marktwertermittlung verwendete Ausgangszinskurve (Pfandbriefkurve). Mit der so gewonnenen neuen Zinskurve wurden die erwarteten Cash Flows der zu bewertenden Papiere diskontiert. Die Summe der diskontierten Cash Flows ergab den Marktwert der einzelnen Papiere. Eine Trennung in eine Derivatekomponente und ein Basisinstrument wurde für diese Papiere nicht vorgenommen.

Entsprechend den steuerrechtlichen Bestimmungen und den Vorschriften des HGB wurden bei den Wertpapieren Wertaufholungen im Umfang von 2.264 Tsd. € (Vorjahr 1.740 Tsd. €) vorgenommen.

Die Beteiligungen sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu den Anschaffungskosten abzüglich der kumulierten Wertberichtigungen ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die im Bestand befindlichen Gebäude orientierten sich an den steuerlich zulässigen Absetzungen für Abnutzungen. Für die Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor dem Wirtschaftsjahr 2005 angeschafft wurden, erfolgte der Ansatz unter Berücksichtigung der steuerlich maximal zulässigen Abschreibungen. Für die danach angeschafften Vermögensgegenstände wurden durchgängig lineare Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden in Anlehnung an die steuerlichen Regeln abgeschrieben. Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe, die übrigen geringwertigen Wirtschaftsgüter werden im Rahmen eines Sammelpostens pauschal über fünf Jahre abgeschrieben. Die Körperschaftssteuererstattungsansprüche gemäß § 37 Abs. 5 KStG wurden mit dem Barwert in die „Sonstigen Vermögensgegenstände“ eingestellt.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen. Soweit der Rückzahlungsbetrag vom Ausgabebetrag abweicht, wurden die Unterschiedsbeträge in die Rechnungsabgrenzung aufgenommen und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Für Steuern, für dem Grunde oder der Höhe nach noch ungewisse Verbindlichkeiten sowie für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, wurden in ausreichendem Umfang Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze auf der Basis der „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck ermittelt. Dem Teilwert für Anwartschaften und dem Barwert für laufende Renten lag – analog § 6a

Abs. 3 Satz 3 EStG – ein Rechnungszinsfuß von 6 % zugrunde.

Geschäfte in Finanzderivaten unterlagen der Einzelbewertung, soweit sie nicht zusammen mit Gegengeschäften eine geschlossene Position bilden. Davon abweichend wurden für Geschäfte, die zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos der Gesamtbank abgeschlossen wurden, in zulässigem Umfang Bewertungseinheiten im Rahmen des gesamten zinsabhängigen Geschäftes gebildet. Das Bewertungsergebnis dieser Geschäfte blieb bei der Ergebnisermittlung unberücksichtigt. Bei der Bewertung der offenen Positionen wurde das Imparitäts- bzw. das Realisationsprinzip beachtet. Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen wurden abzüglich der gebildeten Rückstellungen für Ausfallrisiken sowie zweckgebundener Deckungsguthaben, soweit sie unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden oder Kreditinstituten ausgewiesen wurden, vermerkt.

In der Zeit zwischen dem Bilanzstichtag und der Aufstellung des Jahresabschlusses ergaben sich keine bewertungserheblichen Umstände.

Steueraufwand

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erhöhten sich insgesamt um 1,5 Mio. € auf 5,7 Mio. €. Die latenten Steuern aus dem Jahresabschluss 2008 in Höhe von 4,3 Mio. € ermäßigten sich um 1,1 Mio. € auf 3,2 Mio. € und verminderten insofern den Steueraufwand. Der Steueraufwand des Jahres 2008 war nach der Veräußerung eines Immobilienteilportfolios der Bank an die IMMRUHR GmbH & Co. KG, Essen, auf Grund steuerrechtlicher Vorschriften niedriger als er sich auf Basis handelsrechtlicher Vorschriften ergeben hätte. Daher war die Bildung einer Rückstellung für latente Steueraufwendungen erforderlich. Der Steueraufwand 2009 konnte durch bestehende steuerliche Verlustvorträge um 1,1 Mio. € vermindert werden. Dem laufenden Ergebnis war somit ein Steueraufwand von rund 7,9 Mio. € zuzurechnen.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden mit den zum Jahresultimo festgestellten Referenzkursen der Europäischen Zentralbank umgerechnet. Die aus der Bewertung der Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva resultierenden Gewinne und Verluste wurden in die Gewinn- und Verlustrechnung einbezogen. Gewinne oder Verluste aus der Bewertung von Bilanzpositionen, die durch Termingeschäfte besonders gedeckt sind, wurden in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen. Die aus der Umrechnung resultierenden Ausgleichsposten wurden unter den Kundenforderungen ausgewiesen. Die Terminaufschläge bzw. -abschläge der Absicherungsgeschäfte erhöhten bzw. verminderten das Zinsergebnis zeitanteilig. Die sonstigen Devisentermingeschäfte wurden mit aktuellen Terminkursen bewertet. Die dabei ermittelten Gewinne und Verluste aus betragsmäßig gedeckten Positionen wurden in die Gewinn- und Verlustrechnung einbezogen. Gewinne aus nicht gedeckten Positionen blieben unberücksichtigt. Für Bewertungsverluste aus nicht gedeckten Positionen wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Auf fremde Währung lautende Forderungen und Vermögensgegenstände bestanden in Höhe von 44,0 Mio. € (Vorjahr 58,1 Mio. €). Die Fremdwährungsverbindlichkeiten betrugen insgesamt 44,4 Mio. € (Vorjahr 45,9 Mio. €). Die Eventualverbindlichkeiten in fremder Währung beliefen sich auf 9,8 Mio. € (Vorjahr 8,0 Mio. €).

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Fristengliederung nach Restlaufzeiten

Die für bestimmte Aktiv- und Passivposten der Bilanz erstellte Gliederung nach Restlaufzeiten basiert auf den Endfälligkeiten, den Kündigungs- und den Kündigungssperrfristen. Bei Forderungen oder Verbindlichkeiten, die in regelmäßigen Raten zurückgeführt werden, basiert die Gliederung auf den Restlaufzeiten der jeweils einzelnen Raten. Unter den unbestimmten Laufzeiten werden insbesondere Kredite in laufender Rechnung ohne konkrete zeitliche Befristungen (sogenannte b.a.w.-Kredite) ausgewiesen. Die Restlaufzeitengliederung erlaubt eine erste Beurteilung der Liquiditätslage des Kreditinstitutes. In der Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sind Papiere mit einem Nennbetrag von 55,4 Mio. € und einem Buchwert einschließlich bestehender Zinsabgrenzungen von 51,4 Mio. € enthalten, die in 2009 fällig werden. Daneben stehen begebene Schuldverschreibungen in Höhe von 55,0 Mio. € in 2010 zur Rückzahlung an.

Fristengliederung nach Restlaufzeiten

in Tsd. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	unbestimmte Laufzeit	anteilige Zinsen	Gesamtbetrag
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (ohne täglich fällige)	50.000	0	20.000	6		544	70.550
Forderungen an Kunden	228.133	214.365	665.973	1.385.322	406.047	1.791	2.901.631

Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	88.041	27.190	151.162	346.245	2.082	614.720
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	7.228	471	9.860	222		17.781
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	569.640	74.842	123.054	62.546	3.883	833.965

Börsenfähige Wertpapierbestände

in Tsd. €	börsenfähig	davon börsennotiert	davon nicht börsennotiert
Festverzinsliche Wertpapiere	516.671	405.628	111.043
Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere	9.237	348	8.889

Nachrangige Vermögensgegenstände

Unter der Position „Forderungen an Kreditinstitute" besteht ein Nachrangdarlehen an die Bürgschaftsbank NRW GmbH in Höhe von 5.757,15 € (Vorjahr 5.757,15 €). Nachrangige Kredite wurden in Höhe von 1.289 Tsd. € (Vorjahr 901 Tsd. €) an unsere Kunden herausgelegt und sind in den Forderungen an Kunden enthalten.

Beteiligungen

An der Conpair AG, Essen, hält die Bank einen Anteil von 27,4 %. Zum 31. Dezember 2008 betrug das Eigenkapital dieser Gesellschaft 2,4 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €). In 2008 erwirtschaftete die Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis (Vorjahr 2,2 Mio. €). Ein Jahresabschluss für 2009 liegt zu dieser Gesellschaft noch nicht vor. An der IMMRUHR GmbH & Co. KG, Essen, ist die Bank mit 89,94% am Kommanditkapital beteiligt. Die Gesellschaft hat 2008 ein Immobilienteilportfolio der Bank erworben. Sie ist vermögensverwaltend tätig und vermietet der Bank diese Immobilien. Zum 31. Dezember 2009 betrug das Eigenkapital dieser Gesellschaft 5,0 Mio. €, das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 betrug 718 Tsd. € (Vorjahr -55 Tsd. € für ein Rumpfgeschäftsjahr). Die Bank hat sich im Januar 2009 an der Americo Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg, als Kommanditistin mit knapp 42 % beteiligt. Der Buchwert dieser Beteiligung beträgt 5,5 Mio. €. Ein Jahresabschluss dieser Gesellschaft liegt noch nicht vor.

Auf die bestehenden Beteiligungen wurden Wertanpassungen im Umfang von 522 Tsd. € vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen

in Tsd. €	2008	2009
Forderungen an Kreditinstitute	6	6
Forderungen an Kunden	252	249
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.533	2.174
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen	42	42
Sonstige Vermögensgegenstände (Gesellschafterdarlehen)	0	561

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Position werden die 100 %igen Beteiligungen

an der NB-VERSICHERUNGS-SERVICE GmbH, Essen,
an der NB-IMMOBILIEN GmbH, Essen, und
an der NB-BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT mbH, Essen,

ausgewiesen. Letztere umfasst noch keinen aktiven Geschäftsbetrieb. Die Verbindlichkeiten gegenüber diesen Gesellschaften betragen 657,7 Tsd. € (Vorjahr 654,3 Tsd. €), Forderungen bestehen in diesem und bestanden im vorigen Jahr nicht. Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wird die bereits feststehende, aber noch nicht durchgeführte Ausschüttung der NB-VERSICHERUNGS-SERVICE GmbH, Essen, in Höhe von 635 Tsd. € (Vorjahr 600 Tsd. €) ausgewiesen. Im Vorjahr erhielt die Bank von der NB-IMMOBILIEN GmbH, Essen, eine Ausschüttung in Höhe von 40 Tsd. €. Für 2009 ist bei dieser Gesellschaft keine Ausschüttung vorgesehen. Ein Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 ist nicht erforderlich, weil die Einbeziehung dieser Gesellschaften für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung ist. Bei der NB-IMMOBILIEN GmbH, Essen, wurde im Dezember 2009 eine Kapitalerhöhung durch Bareinlage in Höhe von 100 Tsd. € durchgeführt.

Anteile an verbundenen Unternehmen

in Tsd. €	Eigenkapital	Ergebnis des Geschäftsjahres 2008	Ergebnis des Geschäftsjahres 2009
NB-VERSICHERUNGS-SERVICE GmbH, Essen	686	601	634
NB-IMMOBILIEN GmbH, Essen	86	40	-50
NB-BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT mbH, Essen	25	0	0

Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen umfasst überwiegend in eigenem Namen, aber für fremde Rechnung gewährte Kredite an Kunden. Die Laufzeit dieser Kredite beträgt vier Jahre und mehr. Darüber hinaus wird hier eine treuhänderische, 100 %ige Beteiligung an der Initiativkreis Ruhr GmbH, Essen, ausgewiesen.

Treuhandgeschäft

in Tsd. €	2008	2009
Forderungen an Kunden	47	42
Beteiligungen	91	91
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	42
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	91	91

Anlagevermögen

Die im Anlagespiegel ausgewiesenen Sachanlagen setzen sich mit 29,3 Mio. € (Vorjahr 30,1 Mio. €) aus Grundstücken und Gebäuden und mit 14,0 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €) aus der Betriebs- und Geschäftsausstattung zusammen. Bis auf ein Objekt (nur Grundstückswert) mit einem Buchwert von 0,1 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €) werden sämtliche Grundstücke und Gebäude ganz oder teilweise selbst genutzt. Das Wertpapieranlagevermögen setzt sich aus unterschiedlichen verbrieften Krediten zusammen.

Die im Anlagespiegel ausgewiesenen Abgänge und Zugänge resultierten aus Tilgungen und Abschreibungen sowie aus Zukäufen und Zuschreibungen. Von der gemäß § 34 Abs. 3 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht.

Anlagespiegel

in Tsd. €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2009	Zugänge 2009	Abgänge 2009	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 31.12.2009	Abschreibungen 2009	Abschreibungen kummuliert	Buchwert per 31.12.2009	Buchwert per 31.12.2008
Beteiligungen	7.326	5.500	522	12.304			12.304	7.326
Anteile an verbundenen Unternehmen	61	99	0	160			160	61
Wertpapiere des Anlagevermögens	74.083	1.279	16.733	58.629	-	-	58.629	74.083
Sachanlagen	81.263	3.049	715	83.597	3.420	40.322	43.275	43.669
Immaterielles Anlagevermögen	27.612	2.525	0	30.137	1.938	25.444	4.693	4.106

Eigene Aktien

Eigene Aktien hatten die Bank oder mit ihr verbundene Unternehmen am Bilanzstichtag nicht im Bestand. Als Sicherheit für Kredite an Kunden waren am Jahresende 393.313 NATIONAL-BANK-Stückaktien (Vorjahr 364.903) verpfändet. Dies entspricht 3,15 % (Vorjahr 3,51 %) des Grundkapitals.

Im Laufe des Berichtsjahres hat die Bank von der Möglichkeit des Handels in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Ziff. 7 AktG Gebrauch gemacht. Es wurden insgesamt 532.974 Stückaktien (Vorjahr 1.247.527), das sind 4,27 % (Vorjahr 12,0 %) des Grundkapitals, mit einem durchschnittlichen Kurs von 34,71 € (Vorjahr 37,95 €) gekauft. Die Verkäufe wurden zu einem höheren Durchschnittskurs abgewickelt, so dass insgesamt ein Überschuss von 74.670 € (Vorjahr Fehlbetrag von 1.552.792 €) entstand, der in den Nettoertrag aus Finanzgeschäften eingegangen ist. Der höchste Bestand am Ende eines Tages innerhalb des abgelaufenen Jahres betrug 258.099 Stückaktien beziehungsweise 2,48 % des Grundkapitals (Vorjahr 325.102 Stückaktien = 3,13 %). Der Zeitpunkt dieses Höchststandes lag vor der Kapitalerhöhung. Die preislichen Auflagen der bestehenden Ermächtigung der Hauptversammlung wurden jederzeit eingehalten.

Zur Erleichterung des Handels in eigenen Aktien möchte die Bank weiterhin von der Vorschrift des § 71 Abs. 1 Ziff. 7 AktG

Gebrauch machen. Die Hauptversammlung wird daher gebeten, die zum 30. September 2010 auslaufende Ermächtigung zu erneuern und die Gesellschaft zu ermächtigen, bis zum 2. Mai 2015 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages 5 % des Grundkapitals der NATIONAL-BANK nicht übersteigen darf. Außerdem dürfen aufgrund des erbetenen Beschlusses Aktien nur erworben werden, wenn der Preis je Aktie um nicht mehr als 10 % über oder unter dem Kurs liegt, der bei den über die NATIONAL-BANK getätigten Umsätzen an den drei vorausgegangenen Tagen, an denen Umsätze in NATIONAL-BANK Aktien getätigt wurden, im Durchschnitt bezahlt wurde.

Als Sicherheit abgetretene Forderungen, Wertpapiere und sonstige Vermögensgegenstände

Kundenforderungen in Höhe von 511 Mio. € (Vorjahr 525 Mio. €) wurden an öffentliche Refinanzierungsinstitute abgetreten. Dies ist bei Einsatz öffentlicher Kreditprogramme nach den Kreditbedingungen erforderlich. Daneben erfolgte eine Verpfändung von Wertpapieren im Umfang von 49 Mio. € (Vorjahr 39 Mio. €) als Sicherheit für verschiedene Geschäftspartner, zum Beispiel, um die Teilnahme am Derivatehandel an der EUREX als Non-Clearing Member zu ermöglichen.

Zum Jahresende waren im Pfandpool bei der Deutschen Bundesbank Wertpapiere und Wirtschaftskredite mit einem Beleihungswert von 393 Mio. € (Vorjahr 396 Mio. €) für Refinanzierungen im Rahmen der Liquiditätssteuerung enthalten.

Zum Jahresultimo bestanden Pensionsgeschäfte ausschließlich mit der Deutschen Bundesbank im Umfang von 80 Mio. €.

Für Pensionsansprüche des Vorstandes, die nicht durch den Pensions-Sicherungs-Verein aG der deutschen Wirtschaft gedeckt sind, bestehen kapitalgedeckte Rückdeckungsversicherungen, die unter den sonstigen Vermögensgegenständen mit 5,2 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €) ausgewiesen werden und die mit 4,96 Mio. € zu Gunsten der pensionsanspruchsberechtigten Personen verpfändet sind.

Sonstige Aktivwerte

Unter der aktiven Rechnungsabgrenzung werden Disagien aus der Platzierung der eigenen NATIONAL-BANK-Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €) sowie Disagien aus der Aufnahme von langfristigen Refinanzierungsmitteln in Höhe von 6,9 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio. €) ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	2008	2009
Steuererstattungsansprüche	12,5	13,5
Kapitalgedeckte Rückdeckungsversicherung	5,3	5,2
Provisionsansprüche für Finanzdienstleistungen	1,5	1,9
Angekaufte Ausschüttungsansprüche	5,5	5,5
Inkassopapiere	0,7	0,6
Rückgewähransprüche auf Wertpapiere	2,5	5,5
Sonstige	4,4	2,7

Die Rückgewähransprüche auf Wertpapiere beziehen sich auf Wertpapiere, die im Rahmen der Absicherungen von Ansprüchen aus Altersteilzeitverträgen auf die betroffenen Mitarbeiter übertragen wurden.

In der Position "Sonstige" sind in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) Posten enthalten, die aus der Bewertung von Devisentermingeschäften resultieren, die zur Absicherung von Fremdwährungspositionen in der Bilanz dienen.

Der gemäß § 37 Abs. 5 KStG bestehende Anspruch auf Körperschaftssteuerguthaben, der innerhalb der nächsten acht Jahre zu jeweils gleichen jährlichen Beträgen zur Zahlung durch die Finanzverwaltung fällig wird, wurde mit dem Barwert von 3,7 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €) angesetzt und ist in den Steuererstattungsansprüchen enthalten.

Sonstige Passivwerte

Die passive Rechnungsabgrenzung enthält nahezu ausschließlich Disagien aus dem Kundenkreditgeschäft mit einem Volumen von 8,4 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €). Diese werden im Zeitablauf planmäßig aufgelöst. In der Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind 3,5 Mio. € (Vorjahr 6,9 Mio. €) noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben sowie 0,3 Mio. € offene Rechnungen enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2009 betrugen nach Rückzahlung von 15 Mio. € aufgrund planmäßiger Fälligkeiten nominal insgesamt 45 Mio. € (Vorjahr 60 Mio. €) und setzen sich aus vier Tranchen zusammen:

Nachrangdarlehen

Nominalbetrag in Mio. €	Zinssatz in %	Fälligkeit
10 Mio. €	6,25	05.03.12
20 Mio. €	5,17	19.03.13
5 Mio. €	4,62	14.01.15
10 Mio. €	5,16	16.01.17
45 Mio. €		

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen, da die Gläubiger nicht berechtigt sind, die Darlehen vorzeitig zu kündigen. Eine Aufrechnung des Rückzahlungsanspruchs der Gläubiger gegen Forderungen der Bank ist ausgeschlossen. Im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Bank ist der Anspruch der Gläubiger auf Rückzahlung des Darlehenskapitals erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zu erfüllen. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten ist im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Zinsaufwand von 2,6 Mio. € (Vorjahr 3,1 Mio. €) angefallen. Der bilanzierte Betrag enthält die anteiligen Zinsen per 31. Dezember 2009.

Eigenkapital

Das Eigenkapital (ohne Bilanzgewinn) entwickelte sich nach der Kapitalerhöhung zur Mitte des Jahres und der Rücklagendotierung im Rahmen des Jahresabschlusses für 2009 wie folgt:

Eigenkapital

in Tsd. €	
Eigenkapital zum 31.12.2008	210.500
Erhöhung des Grundkapitals aus der Kapitalerhöhung 2009	6.240
Erhöhung der Kapitalrücklage aus der Kapitalerhöhung 2009	52.000
Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss 2009	6.000
Eigenkapital zum 31.12.2009	274.740

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt 37,44 Mio. € (Vorjahr 31,20 Mio. €). Bei 12,48 Mio. (Vorjahr 10,40 Mio.) Stückaktien ergibt sich je Aktie ein rechnerischer Anteil am Grundkapital von 3,00 €. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen.

Genehmigtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 13. Mai 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 13. Mai 2014 das Grundkapital um bis zu 15,0 Mio. € durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bareinlage zu erhöhen und über die Bedingungen der Aktienausgabe zu entscheiden. Dabei ist den Aktionären – abgesehen von einem möglichen Bezugsrechtsausschluss für Spitzenbeträge – ein Bezugsrecht einzuräumen. Von dieser Ermächtigung wurde im Juni 2009 im Umfang von 6,24 Mio. € Gebrauch gemacht. Das genehmigte Kapital beträgt nunmehr 8,76 Mio. €.

Sonstige Haftungsverhältnisse, Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Mit der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt, ist eine Nachschusspflicht von bis zu 1 Mio. € und eine Eventualhaftung für die Nachschusspflicht anderer Gesellschafter verbunden.

Aufgrund der Mitgliedschaft im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. sowie der Verpflichtung gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH waren 2009 nach den zuletzt notwendigen Sicherungsmaßnahmen für Lehman Brothers doppelt so hohe Beiträge wie in den Jahren zuvor zu leisten. Auch in den kommenden Jahren muss von vergleichbar hohen Verpflichtungen ausgegangen werden.

Aus langfristigen Mietverhältnissen für die von der Bank genutzten Immobilien ergeben sich jährliche Mietverpflichtungen in Höhe von 4,4 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €). Davon entfallen auf die IMMRUHR GmbH & Co. KG, Essen, 2,0 Mio. € mit einer Mietlaufzeit von noch neun Jahren. Die darüber hinausgehenden Mietverpflichtungen von 2,4 Mio. € sind vertraglich mit Laufzeiten von einem Jahr bis zu knapp 14 Jahren (durchschnittlich 5,4 Jahre) gebunden.

Neben den Mietverhältnissen für Immobilien bestehen Leasing- und Nutzungsverträge für EDV-Hardware und Software, insbesondere für die Großrechner. Im Rahmen dieser Verträge ergaben sich in 2009 Zahlungen von rund 3,2 Mio. €. Diese

sind in den anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten. Die Verträge haben Laufzeiten bis maximal Ende 2012 und sind überwiegend innerhalb eines Jahres bzw. in einem Jahr zum Jahresende kündbar. Mit den Vertragsverhältnissen sichert sich die Bank die Möglichkeit, nach Ablauf der Vertragslaufzeit auf die dann neueste Technologie zu wechseln, ohne dabei ein Verwertungsrisiko berücksichtigen zu müssen. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass bei Auslauf der Verträge die Kosten für Vertragsprolongationen deutlich steigen können bzw. für Investitionen hohe Kapitalbeträge gebunden werden, auch wenn das bislang genutzte System technologisch noch nicht veraltet ist.

Des Weiteren hat die Bank in unterschiedlichen Bereichen Leistungspakete ausgelagert, die nicht zwingend zur Kernkompetenz und Kernfunktionalität der Bank gehören. Hierzu zählen unter anderem:

Die Bereitstellung von Speicherplatz für den Internetauftritt der Bank.
Der Betrieb des Electronic Banking und der elektronischen Zahlungssysteme.
Der Betrieb und die Weiterentwicklung des internen Ratingverfahrens.

Die Auslagerungen wurden jeweils einer Wirtschaftlichkeitsanalyse unterzogen und werden fortlaufend im Hinblick auf die Einhaltung von Qualitätsstandards überwacht. Die Auslagerungen beeinträchtigen nicht die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Bank. Für die Bank bietet sich der Vorteil, an Weiterentwicklungen teil zu haben, die von dem jeweiligen Leistungsanbieter betrieben werden. Sie muss dafür nicht eigenes, im Wesentlichen bankfremdes Know How vorhalten. Andererseits ergeben sich Risiken aus dem Ausfall der Leistungsanbieter und dessen Ersatz. In 2009 sind für die Auslagerungen Aufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. € entstanden, die vollständig unter den anderen Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt werden. Die Verträge haben eine maximale Laufzeit von drei Jahren. Für die nächsten Jahre ist mit etwa gleich hohen Aufwendungen zu rechnen.

Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen

Mit den Eventualverbindlichkeiten sind Provisionserträge im Kreditgeschäft und im Internationalen Geschäft verbunden. Den Erträgen stehen Risiken im Hinblick auf den Ausfall der Bürgschaftsdebitoren entgegen. Das Risiko bei Kreditbürgschaften entspricht dem Risiko aus Krediten. Bei den sonstigen Verpflichtungen ist jedoch nicht nur der Ausfall des Bürgschaftsdebitors, sondern zusätzlich noch ein Mangel bezüglich einer Leistung, für die die Bürgschaft / Gewährleistung ausgesprochen wurde, erforderlich. Bei Akkreditiven sind konkrete internationale Handelsgeschäfte betroffen, bei denen überwiegend das Risiko einer nicht sachgerechten Prüfung der Dokumente besteht.

Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €	
Kreditbürgschaften	20,7
sonstige Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	100,3
Akkreditive	19,0

Unwiderrufliche, nicht beanspruchte Kreditzusagen

Unter den unwiderruflichen, nicht beanspruchten Kreditzusagen werden zugesagte, aber noch nicht valutierte Darlehen und nicht beanspruchte Kreditvereinbarungen ausgewiesen. Es werden hier nur die befristeten, nicht aber die ohne konkrete Befristung vereinbarten Zusagen ausgewiesen.

Für kurzfristige Kreditzusagen werden üblicherweise Bereitstellungsprovisionen in Rechnung gestellt. Die Kreditzusagen können kurzfristig zu einem entsprechenden Liquiditätsabzug führen. Die Liquiditätssteuerungssysteme berücksichtigen jedoch die noch offenen Zusagen sowohl für die kurzfristigen als auch für die mittel- und langfristigen Kredite.

Kreditzusagen

in Mio. €	
kurzfristige Kredite	190,9
mittel- und langfristige Kredite	59,1
Bürgschaften	0,3

Vergütung des Abschlussprüfers

Die Hauptversammlung der Bank hat am 13. Mai 2009 beschlossen, die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 zu bestellen. Die Gesellschaft erhält für die Abschlussprüferleistungen vor Umsatzsteuer 325.300 € und für andere Bestätigungsleistungen (Prüfung des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäfts gemäß § 36 Abs. 1 WpHG und Prüfung der Krediteinreichung über die KEV-Plattform der Deutschen Bundesbank) 64.500 €. Steuerberatungsleistungen und sonstige Leistungen wurden nicht erbracht.

Nahestehende Personen

Geschäfte zu marktabweichenden Konditionen mit nahestehenden Personen, wie zum Beispiel Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates, aber auch Direktoren der Bank und Unternehmen (verbundene und assoziierte Unternehmen bzw. Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe), die für die Beurteilung der Finanzlage von wesentlicher Bedeutung wären, wurden nicht getätigt.

Außerordentliches Ergebnis

Mit der Entscheidung der Bank, die Wertpapiere des Alternativen Kreditportfolios nicht mehr dem Geschäftsmodell der Bank zuzurechnen, werden seit dem 1. Januar 2008 sämtliche Ergebniskomponenten aus diesem Portfolio im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Für 2009 resultieren daraus außerordentliche Aufwendungen von 12,1 Mio. € (Vorjahr 31,3 Mio. €) und außerordentliche Erträge in Form von Margenbeiträgen aus dem Portfolio von 2,3 Mio. € (Vorjahr 1,1 Mio. €).

Organbezüge

Die Bezüge des Vorstandes belaufen sich für das Berichtsjahr auf insgesamt 2.104.600 € (Vorjahr 2.036.428 €). Davon entfallen 1.006.600 € (Vorjahr 976.600 €) auf das Grundgehalt, 910.000 € (Vorjahr 850.000 €) auf die Tantieme sowie weitere 188.000 € (209.828 €) auf sonstige Organbezüge, wie zum Beispiel Dienstwagennutzung und Altersvorsorge.

An frühere Mitglieder des Vorstandes oder ihre Hinterbliebenen wurden 787.437 € (Vorjahr 779.884 €) gezahlt. Für sie bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.051.992 € (Vorjahr 7.209.269 €).

Gegenüber den Mitgliedern des Vorstandes bestanden zum Jahresende Kreditforderungen in Höhe von 189.834 € (Vorjahr 144.272 €).

Der Aufsichtsrat erhält für das Berichtsjahr eine Vergütung von insgesamt 433.882 € (Vorjahr 433.882 €), davon entfallen 14.994 € (Vorjahr 14.994 €) auf feste und 418.888 € (Vorjahr 418.888 €) auf variable Bezüge.

Zum Jahresende bestanden gegenüber den Mitgliedern des Aufsichtsrates Kreditforderungen in einer Höhe von 917.321 € (Vorjahr 670.493 €).

Beteiligungsanzeige

Nach der uns gemäß § 20 AktG zugegangenen Mitteilung besitzt die SIGNAL Krankenversicherung a. G., Dortmund, mehr als ein Viertel des Grundkapitals der Bank.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Die jährlich freiwillig von Aufsichtsrat und Vorstand abgegebene Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG für die NATIONAL-BANK sowie die nicht mehr aktuellen Entsprechenserklärungen der letzten fünf Jahre sind auf der Website der Bank abrufbar. Die Erläuterungen zur Einhaltung und zu den Abweichungen gegenüber den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex finden sich im Corporate-Governance-Bericht dieses Geschäftsberichtes.

Die NATIONAL-BANK wendet den Deutschen Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis an, da sie weder ein börsennotiertes noch ein kapitalmarktorientiertes Unternehmen ist. Vor dem Hintergrund der zunehmend für börsennotierte Aktiengesellschaften vorgegebenen Inhalte des Deutschen Corporate Governance Kodex haben sich Aufsichtsrat und Vorstand entschieden, für die NATIONAL-BANK einen eigenen Corporate Governance Kodex aufzustellen. Dieser soll im ersten Quartal 2010 verabschiedet und auf der Internetseite der Bank unter www.national-bank.de veröffentlicht werden.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Bank hat im abgelaufenen Jahr Termingeschäfte und Geschäfte in Finanzderivaten getätigt. Sie erstreckten sich auf Kundenkontrakte, auf deren Eindeckungsgeschäfte, in eingeschränktem Umfang auf Eigenhandelsgeschäfte und auf Kontrakte zur Bilanzstruktursteuerung. Zum Jahresultimo bestanden keine Eigenhandelspositionen in Derivaten und Termingeschäften. Die nachstehende Übersicht zeigt das Nominalvolumen und das Adressenausfallrisiko der Termingeschäfte zum Jahresultimo.

Außerbilanzielles Geschäft I

Geschäftsart	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Adressenausfallrisiken

in Tsd. €	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre	insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte (OTC)	**64.320**	**513.640**	**225.368**	**803.328**	**10.788**	**13.383**	**10.788**
davon							
Zinsswapgeschäfte	8.000	391.090	218.602	617.692	10.245	12.840	10.245
Zinsoptionsgeschäfte	56.320	122.550	6.766	185.636	543	543	543
Währungsbezogene Geschäfte (OTC)	**288.969**	**3.278**		**292.247**	**4.685**	**3.478**	**4.685**
davon							
Devisentermingeschäfte	208.787	3.278		212.065	2.954	1.747	2.954
Devisenoptionsgeschäfte	80.182	0		80.182	1.731	1.731	1.731
Zins- und Währungsswapgeschäfte	**3.984**	**5.892**		**9.876**	**465**	**465**	**465**
Aktien-/-indexbezogene Geschäfte	**279.330**			**279.330**	**3.740**	**3.740**	**3.740**
davon							
Eurex-Optionen	79.326			79.326	3.740	3.740	3.740
Eurex-Futures	200.004			200.004	0	0	0
Summe	**636.603**	**522.810**	**225.368**	**1.384.781**	**19.678**	**21.066**	**19.678**

Nach Kontrahenten unterteilt, zeigt das gesamte außerbilanzielle Geschäft folgende Struktur:

Außerbilanzielles Geschäft II

Kontrahenten	Nominalbetrag	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Adressenausfallrisiko
in Tsd. €				
Kreditinstitute innerhalb der OECD	825.297	4.253	18.801	4.253
Kunden	559.484	15.425	2.265	15.425

Für offene Devisengeschäftspositionen wurden Rückstellungen für drohende Verluste in Höhe von 94 Tsd. € gebildet. Weitere Sachverhalte aus dem Derivategeschäft, für die eine Rückstellung erforderlich gewesen wäre, lagen nicht vor.

Das Adressenausfallrisiko errechnet sich aus den aktuellen Wiedereindeckungskosten an den Finanzmärkten, die sich ergeben, wenn unterstellt wird, dass die Kontrahenten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Dabei wurden nur die Geschäfte berücksichtigt, die zum Bilanzstichtag einen positiven Marktwert zeigen. Saldierungen mit Geschäften, die einen negativen Marktwert haben, wurden nicht vorgenommen. Der positive bzw. negative Marktwert der bestehenden Positionen gibt den Gewinn bzw. den Verlust der Positionen bei einer vollständigen Schließung aller Geschäfte zum Bilanzstichtag wieder. Sämtliche OTC-Optionen wurden mit Hilfe des Optionspreismodells von Black & Scholes bewertet.

Die Devisentermingeschäfte resultieren zum überwiegenden Teil aus Kundenaufträgen, die zeitgleich wieder eingedeckt wurden. Das Deckungsvolumen ist in dem genannten Betrag enthalten. Daneben bestehen Geschäfte zur Absicherung von Bilanzpositionen gegen Währungsschwankungen. Offene Devisenterminpositionen bestanden während des Jahres und zum Jahresultimo nur in begrenztem Umfang. Der Marktwert der Devisengeschäfte errechnet sich aus dem Barwert der Cash-Flow-Differenz, die sich ergeben würde, wenn die bestehenden Kontrakte einerseits mit dem vereinbarten Kundenkurs und andererseits mit dem aktuellen Marktkurs abgewickelt werden würden. Die mit unseren Kunden abgeschlossenen Devisenoptionsgeschäfte wurden vollständig betrags- und laufzeitkongruent bei Kreditinstituten eingedeckt. Die Marktwerte der Optionen errechnen sich über die Black & Scholes Formel. Die dafür benötigten historischen, von den relevanten Märkten abgeleiteten Volatilitäten und Korrelationen werden täglich aktualisiert. Die verwendeten Zinskurven referenzieren auf die Euribor-Geldmarktsätze und im Laufzeitbereich oberhalb von einem Jahr auf die Pfandbriefkurve beziehungsweise bei Fremdwährungen auf entsprechende fremdwährungsbezogene Kapitalmarktzinskurven.

Zinsswap- und Zinsoptionsgeschäfte wurden zur Absicherung bestimmter Bilanzpositionen, zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Bank und im Rahmen des Kundengeschäfts abgeschlossen. Die Marktwerte werden über die Barwerte der feststehenden Zinszahlungen unter Berücksichtigung von Volumensänderungen und Fälligkeiten errechnet. Zur Ermittlung der Barwerte wird auf die Zinskurve für Zinsswaps abgestellt.

Die börsengehandelten Aktien- und Aktienindexoptionen im Umfang von 79,3 Mio. € (Vorjahr 9,2 Mio. €) wurden als Kundengeschäfte über eine mit uns kooperierende Bank an die deutsche Terminbörse EUREX weitergeleitet. Eigene Handelspositionen bestanden darüber hinaus zum Jahresultimo nicht. Die Marktwerte ergeben sich aus den Kursen der EUREX zum Jahresultimo.

Im Wertpapieranlagebestand sind Credit-Linked Notes mit einem Buchwert von 24,2 Mio. € (Vorjahr 33,7 Mio. €) enthalten.

Kooperationsgeschäft

Im Rahmen unseres Kooperationsgeschäfts wurden Langfristfinanzierungen sowie Versicherungen, Beteiligungen, Bausparverträge, Forfaitierungen, Factoring und Leasingverträge vermittelt.

Mandate der Organe der NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes führen wir für das Berichtsjahr jeweils unter

a) · die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und
b) · die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen an.

Aufsichtsrat

Reinhold Schulte
Vorsitzender
Vorsitzender der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

a) · Handwerksbau Niederrhein AG
· Medicator AG
b) · Pensionskasse SIGNAL Versicherungen
· Rheinisch-Westfälisches Institut für
· Wirtschaftsforschung e.V. (RWI)
· SIGNAL IDUNA Polska Towarzystwo Ubezpieczeń SA, Polen (bis 16. Oktober 2009)
· SIGNAL IDUNA Życie Polska Towarzystwo Ubezpieczeń SA, Polen (bis 16. Oktober 2009)
· SIGNAL Biztosító Zrt., Ungarn (bis 6. Mai 2009)
· Technische Universität Dortmund

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel
Stellvertretender Vorsitzender
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

a) · Commerzbank AG
· HOCHTIEF AG
· ThyssenKrupp AG (seit 21. Januar 2010)
b) · EQT Infrastructure Limited, Guernsey
· RAG-Stiftung

Birgit Elsner*
NATIONAL-BANK AG

Dr. Friedrich Janssen
Mitglied des Vorstandes der E.ON Ruhrgas AG

a) · E.ON Ruhrgas International AG
· Lanxess Deutschland GmbH
· Lanxess AG
· Thüga AG (bis 30. November 2009)
b) · E.ON Gastransport Management GmbH
· E.ON Ruhrgas E & P GmbH
· E.ON Hungaria Zrt.
· HDI-Gerling Sach Serviceholding AG
· Thüga Assekuranz Services München
· Versicherungsmakler GmbH
· ZAO Gerosgaz, Moskau (bis 30. Oktober 2009)

Dr. Dr. h.c. Jochen Melchior
Ehem. Vorsitzender des Vorstandes der STEAG AG

a) · AXA Service AG
· Klöckner & Co. SE
· Schauenburg Technology SE (seit 17. Juli 2009)
b) · Mattson Technology Inc., USA (bis 10. August 2009)
· Universitätsklinikum Essen, Anstalt des öffentlichen Rechts

· Ernst & Young AG
· Schauenburg International GmbH (seit 1. Januar 2009)

Dr. Matthias Mitscherlich
Vorsitzender des Vorstandes der Ferrostaal AG

a) · MAN TURBO AG
· RWE Dea AG

Dr. Henner Puppel
Ehem. Sprecher des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

a) · Falke Bank AG i. L.
· HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH (bis 6. Mai 2009)
b) · Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
· IKB Autoleasing GmbH (bis 31. März 2009)
· IKB Leasing GmbH (bis 31. März 2009)
· IKB Leasing Berlin GmbH (bis 31. März 2009)

Daniela Römer*
NATIONAL-BANK AG

Gregor Wildförster*
NATIONAL-BANK AG

Vorstand

Dr. Thomas A. Lange
Sprecher des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

a) · ALLBAU AG (bis 18. August 2009)
· Düsseldorfer Hypothekenbank AG
· Conpair AG (seit 1. Mai 2009)
· HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH (seit 6. Mai 2009)
b) · RMS RISK MANAGEMENT SOLUTIONS GmbH

Uwe Lindner
Mitglied des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

a) · ALLBAU AG (seit 18. August 2009)

Karlheinz Nellessen
Mitglied des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

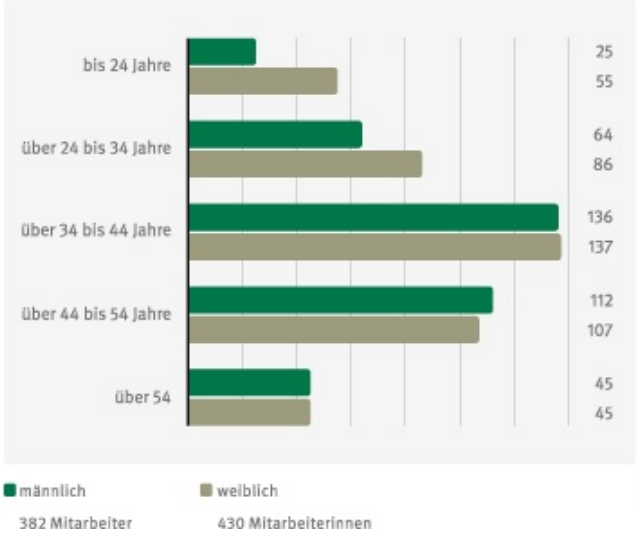
a) · Conpair AG
· Bürgschaftsbank NRW GmbH (seit 17. Juni 2009)
b) · Neubau Museum Folkwang GmbH (bis 31. Dezember 2009)

Die mit * gekennzeichneten Mitglieder des Aufsichtsrates wurden von den Arbeitnehmern gewählt.

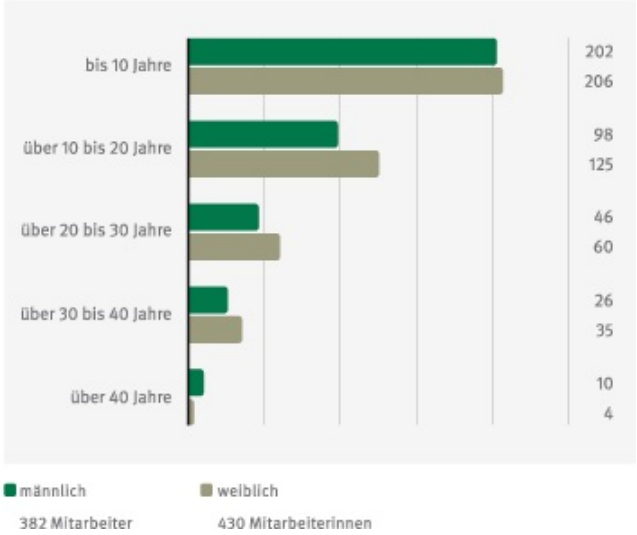
Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Auf Vollarbeitszeit umgerechnet belief sich die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 692 (Vorjahr 681). In dieser Zahl sind durchschnittlich 22 (Vorjahr 28) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich im Erziehungsurlaub oder Wehrdienst befanden, nicht enthalten.

Verteilung nach Altersgruppe und Geschlecht (nach Köpfen)



Verteilung nach Betriebszugehörigkeit und Geschlecht (nach Köpfen)



Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 11,44 Mio. € zur Ausschüttung einer Dividende von 1,00 € je Stückaktie auf die voll dividendenberechtigten Aktien und einer Dividende von 0,50 € je Stückaktie auf die für das Geschäftsjahr 2009 zur Hälfte dividendenberechtigten jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung von Juni 2009 zu verwenden.

Essen, den 20. Februar 2010
Dr. Thomas A. Lange
Uwe Lindner
Karlheinz Nellessen

NATIONAL-BANK AG
Theaterplatz 8
45127 Essen

Telefon +49 (0)201/8115-0
Telefax +49 (0)201/8115-500

E-Mail info@national-bank.de
Internet www.national-bank.de